

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Wolme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bockwerk, Bockme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Walbert, Dhl, Kupferberg, Nadenbornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 21

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Samstag, den 25. Januar

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratis beilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Im Haushaltsausschuß des Reichstages erstattete Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer ausführlichen Bericht über die Kassenlage. Nach seiner Ansicht ist die Annahme des Zündholzmonopols und der damit verbundenen Kreuger-Anleihe unabwendbar.

* Die Schwierigkeiten, die einer Regierungsbildung auf Grund der Großen Koalition in Preußen bisher entgegenstanden, sollen beseitigt sein. Der Eintritt volksparteilicher Minister in das Kabinett wird angeblich in den nächsten Tagen erfolgen.

* Die Parteien des Freistaates Hessen beschäftigten sich mit der Frage, ob wegen der ungünstigen Finanzlage Hessens ein Anschluß an Preußen in Betracht gezogen werden könne.

* In Moskau wurden vier Tschernowzenfälscher, die angeblich aus politischen Gründen gegen die Sowjets gehandelt zu haben, zum Tode verurteilt.

Die Rehrseite.

Die Sorge vor dem Morgen. — Der Irrsinn von Versailles. — Die Front nach Osten.

Rein, es fehlt wirklich nicht an Fragen der „großen Politik“! Konferenz folgt auf Konferenz und tagelang, wochenlang debattiert man über gewiß weltbewegende Probleme, deren Lösung das durch den Krieg und die Kriegesfolgen verzerrte Antlitz dieser Welt wieder glätten soll. Man verhandelt so lange, so ausgiebig und eingehend, verliert sich derartig in Einzelheiten, daß selbst der politisch regsame und interessierte Mensch nachgerade die notwendige Aufmerksamkeit dafür nicht mehr aufzubringen vermag. Das gleiche gilt auch für die Unzahl der Programme, der Vorschläge, Anregungen und Betrachtungen, die wahllos und zahllos, oft nur zu kurzlebigen Dasein das Licht der Welt erblicken, — alle mit der an sich lässlichen Absicht, Deutschland aus seiner finanziell-wirtschaftlichen Not herauszubringen. Leider stehen wir aber immer noch in dieser Art des Herumtastens, des Debattierens, des Streites um den einzuschlagenden Weg derart tief drin, daß die große Masse immer mehr spürt, um wieviel näher ihr das Nessushemd der täglichen Not ist als der Rock einer zukünftigen, aber ungewissen Besserung. Das ist die Rehrseite jener „großen Politik“, ist die Not des Tages, die Sorge vor dem Morgen, die so stark ist, daß man für das Übermorgen oder eine noch spätere Zukunft kaum ein größeres Interesse aufzubringen vermag.

Natürlich brennt dieses Nessushemd der Not ganz besonders schmerzhaft auf dem Leib der Bewohner unserer Grenzländer. Nicht bloß in der einzigen „Kolonie“, die Deutschland besitzt, in „Ostpreußen“, sondern auch in den pommerischen, brandenburgischen, schlesischen, sächsischen Grenzgebieten. Es ist ja jetzt gerade zehn Jahre her, seit der Irrsinn der Versailleser Grenzziehungen Wirklichkeit wurde, der Polen vor allem einrückend durfte in jene Gebiete, die ihm die Abnützungsfähigkeit und der Deutschenhaß der „großen Politik“ zusprachen. Aber diese Grenzziehung wurde nur die Voraussetzung zu Schlimmerem, das mit dem kurzen Hinterrück auf den Handelskrieg mit Polen und die prohibitive Zollpolitik der Tschechoslowakei genügend gekennzeichnet ist. Ostpreußen und die anderen Grenzgebiete leiden furchtbar darunter, daß sie von ihrem Hinterland abgeschnitten sind, und ein nur geringer Trost ist es, daß es in Polen wirtschaftlich-finanziell auch nicht zum besten bestellt ist, daß auch die tschechische Währung durchaus nicht zu den Edelvaluten gehört. Daß eine Stadt wie Breslau in größten finanziellen Schwierigkeiten ist und man dort nicht mehr aus noch ein weiß, — das allein spricht ebenso Bände wie die Tatsache, daß selbst Sachsens Hauptstadt, Dresden, zu den verzweifeltsten finanziellen Maßnahmen greift, um aus gleicher Not herauszukommen. Aber mit gefesselten Händen steht auch das Deutsche Reiches Präsident da, an den sich eine Deputation der deutschen Grenzmarken, die Landeshauptleute der östlichen Provinzen gewandt haben. Er, der einst der Befreier Ostpreußens war, soll helfen und — kann doch nicht wirklich helfen. Kann nur an der Hoffnung festhalten, daß eine spätere Zukunft es ermöglichen mag, die Korridorfrage in einem für Deutschland günstigeren Sinne zu bereinigen. Und ebensowenig bedeutet es ja unmittelbare Hilfe in der Not der Gegenwart, wenn der preussische Ministerpräsident — selbst ein Ostpreuße — seinem Willen und seiner Überzeugung Ausdruck gab, daß der Preussische Staat — und er tut dies für das gesamte deutsche Volk — mit größter Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Entwicklung, die steigende Not in den Grenzgebieten achten müsse. Ob dies und anderer Minister Zusicherungen Worte bleiben oder Wirklichkeit werden, wird eine nahe Zukunft entscheiden: dann nämlich, wenn der den ganzen deutschen Osten bis in die tiefsten Tiefen erregende Vertragsabschluß mit Polen durch einen handelspolitischen Frieden ergänzt und nun dieser ganze Fragenkomplex der Beschlussfassung des Reichstages vorgelegt wird.

Dabei könnte — allerdings auch nur ein geringer Trost — die Not des Augenblicks noch größer sein. Die Arbeitslosenziffer ist auf eine Höhe gestiegen, die etwa gleich ist jener durch die furchtbare Kälte im Vorjahr hochgetriebenen. Das läßt die Hoffnung schwinden aufkeimen, daß vielleicht doch die wirtschaftliche Entwicklung sich zum Besseren wendet. Sind doch seit dem Vorjahr etwa 350 000 junge Menschen neu in das Wirtschaftsleben eingetreten und haben dort wenigstens zum Teil Lohn und Beschäftigung gefunden. Dies geschah, obwohl die Linie

Angespannte Reichsfinanzen

Moldenhauer zur Kassenlage.

Das Zündholzmonopol.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages begann Freitag die Beratung des Zündholzmonopoles. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gab einleitend eine Übersicht über die Kassenlage des Reiches. Der Minister stellte fest, daß es mit Hilfe des Überbrückungskredits in Höhe von 350 Millionen Mark gelungen sei, den Ultimo Dezember ohne weitere Schwierigkeiten zu überwinden. Inzwischen sei durch die im Januar fälligen Steuereinzahlungen eine Verbesserung der Kassenlage eingetreten, so daß

im Augenblick keine Schwierigkeiten

bestehen. Der am 31. Januar zur Rückzahlung fällige Bankkredit von 200 Millionen Mark sei inzwischen auf etwa sechs bis neun Monate verlängert worden. Für Januar sei mit einem Überschuß von 117 Millionen zu rechnen. Für Februar rechnet der Minister mit einem Fehlbetrag in gleicher Höhe, so daß sich diese beiden Monate ausgleichen würden. Für März werde ein weiterer Fehlbetrag von 140—150 Millionen Mark entstehen.

Zur Deckung dieses Ende März bestehenden Fehlbetrages würden rund 55—60 Millionen Mark aus der Abrechnung mit dem Reparationsagenten beziehungsweise mit der Reichsbahn nach Inkrafttreten des Young-Planes verfügbar werden, die jetzt infolge der nachträglichen Zahlung des Reichsbahnanteils an der Dawes-Zahlung vom Reparationsagenten noch zurückgehalten werden. 20 Millionen würden aus dem Verkauf von Effekten flüssig gemacht werden können. Über die Deckung des dann noch verbleibenden Fehlbetrages seien erfolgversprechende Verhandlungen eingeleitet worden.

Fehlbeträge und Kreuger-Anleihe.

Der Minister wies dann auf die Schwierigkeiten der Steuerschätzung und des Bedarfs für die Arbeitslosen-

versicherung hin. Wenn die Steuerdepression anhalte und die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes sich weiter verschärfe, dann könnten diese beiden Punkte eine Verschlechterung der Kassenlage um 100—120 Millionen herbeiführen. Vor Mitte Februar werde sich das nicht übersehen lassen. Nach dem für das erste Halbjahr des Rechnungsjahres 1930 aufgestellten Kassenplan ergibt sich für das erste Vierteljahr 1930 ein Fehlbetrag von 273 Millionen und für das zweite Vierteljahr ein Überschuß von 96 Millionen. Dieser Überschuß werde sich durch die erste Rate der Kreuger-Anleihe um 195 und durch andere Maßnahmen um 14 Millionen erhöhen. Mit diesem Betrag könnten der Fehlbetrag des ersten Vierteljahres abgedeckt und Kredite in Höhe von rund 40 Millionen zurückgezahlt werden. In den veranschlagten Ausgaben für die Monate April bis September seien monatlich 50 Millionen Mark zur Abdeckung des Überbrückungskredits enthalten.

Der Minister verwies darauf, daß diese Rechnungslegung auf der Annahme des Young-Planes beruhe. Sie beweise jedoch eindeutig, daß trotz der Annahme des Young-Planes die Kassenlage nach wie vor äußerst angespannt bleibe. Zur Überwindung des für Ultimo Juni errechneten Fehlbetrages von 273 Millionen Mark sehe er keinen Weg, wenn nicht das Zündholzmonopol mit der Kreuger-Anleihe zustande komme.

In der sich anschließenden Debatte erklärte Direktor Hans Krämer, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, in der Situation der deutschen Zündholzindustrie sei ein Kampf gegen den Schwedentrust ganz unmöglich. 30 Prozent des gesamten Konsums entfielen auf russische Zündhölzer, die zu Schmelzpreisen eingeführt werden. Für das Monopol hätten sich nicht nur die Schweden, sondern auch die deutschen Zündholzfabrikanten mit alleiniger Ausnahme der unerlaubt Fabrikierenden eingesetzt.

Die Sitzung wurde nach vertraulichen Darlegungen des Direktors der Reichskreditgesellschaft, Dr. Ritscher, über die Schwedenanleihe vertagt.

der Wirtschaftskontunktur unauffällig nach unten ging. Trotzdem bleibt das Problem des Tages die drohende Tatsache, daß es zurzeit mehr als zwei Millionen Arbeitslose in Deutschland gibt. Rechnet man die Familienangehörigen dazu, so darf man wohl sagen, daß mindestens ein Zehntel des deutschen Volkes durch staatliche Unterstützung über Wasser gehalten wird. Das schreit lauter, gellender, bedrohlicher als die Haager Konferenz, die Londoner Abrüstungsverhandlungen und alle möglichen innenpolitischen Auseinandersetzungen, Klagen und Vorwürfe der Parteien gegeneinander. Und selbst eine Regierungskrise berührt den verhältnismäßig wenig, dem die Not des Augenblicks unmittelbar die wirtschaftliche Existenz, das Leben bedroht.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Haushaltsanschlag für kleinere Städte.

Der Reichstädtetag hat ein Formular für den Haushaltsplan kleinerer Städte herausgegeben. Es enthält den Vordruck aller Einnahmen und Ausgaben, die in Betracht kommen. Hiermit ist zugleich eine Norm geschaffen, die eine leichtere Vergleichsmöglichkeit ergibt, als wenn jede Stadt für sich nach eigenem Ermessen bald so, bald anders ihren Haushaltsplan aufstellt. Auch ein „Außerordentlicher Haushaltsplan“ ist dem Formular angehängt.

Rundgebung des Deutschen Handwerks.

Die aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens vorgesehene Rundgebung des Deutschen Handwerks soll am 18. und 19. Februar in Berlin stattfinden. Der 18. Februar steht einem Begrüßungsabend der Mitglieder im Weinhause Rheingold vor. Die Tagung selbst wird mit einer Sitzung des großen Ausschusses des Reichsverbandes eingeleitet, an die sich eine geschlossene Mitgliederversammlung anschließt. Am 19. Februar wird dann im Plenarsitzungssaal des Reichswirtschaftsrates die vorgesehene öffentliche Rundgebung veranstaltet werden.

Die Rentnerversorgung.

Beim Wiederzusammentritt des Reichstages hat sich der Deutsche Rentnerbund erneut an alle Parteien mit der Bitte gewandt, nunmehr das Rentnerproblem einer Lösung entgegenzuführen. Früher bewilligte man hier und da Mittel zu Sondervereinigungen. Neuerdings werden diese abgelehnt mit der Begründung, daß man statt der einmaligen Hilfe eine brauchbare Dauerregelung plane.

Schließt Hessen sich an Preußen an?

Dem Vernehmen nach herrscht in Kreisen der heftigen Demokratischen Bewegung, das baldige, fast bedingungslose Aufgehen Hessens in Preußen zu fördern. Eine andere einflussreiche Gruppe der Partei wünscht, daß zunächst einmal das Sparprogramm der Regierung durchgeführt und so gezeigt werde, inwieweit es Hessen noch möglich sei, sich selbst über Wasser zu halten. Zu diesen Fragen soll eine Landesausschussung der Demokratischen Partei Hessens am Sonntag in Frankfurt Stellung nehmen.

Volkskonservative Vereinigung.

Wie aus Anlaß des Austritts Schlanges-Schönungen aus der Deutschnationalen Volkspartei bekannt

wird, wollen die aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgetretenen Abgeordneten gemeinsam mit den Abgeordneten der Christlichnationalen Bauernpartei am 28. Januar im Herrenhaus eine Volkskonservative Vereinigung gründen, die alsbald mit einem Programm an die Öffentlichkeit zu treten gedenkt.

Schweiz.

Kein antisemitisches Komplott.

Der Bundesrat hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Angelegenheit des antisemitischen Komplotts befaßt. Wie bekanntgegeben wird, ist durch die von der Bundesanwaltschaft geführte Untersuchung kein Anhaltspunkt dafür zutage getreten, daß die Einschmuggelung von Sprengstoffen nach Genf beabsichtigt gewesen war, um sie gegen die italienische Völkerverbündelung zu verwenden. Die polizeiergerichtliche Untersuchung wurde deshalb eingestellt.

Großbritannien.

Der Steuerstreik in Indien.

Als Folge der Politik des passiven Widerstandes in Indien hat an der Börse in Bombay eine Panik eingekehrt. Die Kurse der Industriepapiere und Anleihen sind stark gefallen und eine allgemeine „Flucht ins Ausland“ hat eingekehrt. Die Panik wurde in erster Linie dadurch hervorgerufen, daß in vielen Provinzen der Steuerstreik eingekehrt hat.

Rußland.

Kursus für deutsche Fachleute.

In Moskau fand die Eröffnung der von der russisch-deutschen Gesellschaft für Kultur und Technik organisierten ersten Kurse für deutsche Fachleute statt. Den Organisator soll Einblick in die wirtschaftspolitische Struktur der Sowjetunion, in die sowjetrussische Gesetzgebung, den Fünfjahresplan der Volkswirtschaft usw. gegeben werden. Der Eröffnung wohnten der deutsche Botschafter von Dirksen, deutsche Fachleute und Sowjetwirtschaftler bei. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Stomonjakow, und der deutsche Botschafter hielten Ansprachen.

Aus In- und Ausland

Berlin. Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung dem Antrage des Reichsfinanzministers zugestimmt, wonach der Vermahlungssatz für Inlandszinsen auch für den Monat Februar auf 50 Prozent festgesetzt wird.

Deggendorf. Die Interessenverbände des Bayerischen Waldes fahnten eine Entschädigung, in der gefordert wird, daß ebenso wie den Gebieten Ostpreußens, auch den wirtschaftlich bedrohten Gebieten des bayerischen Ostens ihr Recht werde. Die Staatsregierung wird gebeten, bei der Reichsregierung die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

München. Im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages wurde der Gesetzentwurf über den Verfassungszwang beim Schlachten mit 15 gegen 11 Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Lüneburg. Auf dem Marktplatz veranstalteten die Kommunisten als Protest gegen das preussische Versammlungsverbot eine Kundgebung. Die Polizeibeamten machten von den Gummiknüppeln Gebrauch und nahmen zwei Personen fest.

Kopenhagen. Im Dänischen Folkething ist das neue Strafgesetzbuch, das u. a. die Abschaffung der Todesstrafe vorsieht, in dritter Lesung fast einstimmig mit 119 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen angenommen worden.

Rund um den Reichstag

Von den Wänden des Reichstags.

Die parlamentarische Winterpause ist von der Deutschen Kunstgemeinschaft im Einvernehmen mit der Reichstagsverwaltung dazu benutzt worden, eine Bestandaufnahme hinsichtlich der in den Reichstagsräumen vorhandenen Bilder vorzunehmen. Man hat 222 Bilder, Ölgemälde, Aquarelle, Holzschnitte, Radierungen und Pastelle gezählt, die einen Gesamtwert von rund 50 000 Mark haben. Im Zimmer des Reichstagspräsidenten hängt ein Ölgemälde von Heddendorf, das den Hafen von Nizza darstellt und ebenso wie ein im Zimmer der Vizepräsidenten befindliches, von Professor Kaiser angefertigtes Ölgemälde „Offizierskiste“ einen Wert von 2400 Mark hat. In den Räumen des Finanzministers sieht man ein ebenfalls von Professor Kaiser geschaffenes Ölgemälde „Tiroler Ache“, dessen Wert auf 2000 Mark geschätzt worden ist. Den gleichen Wert hat ein in den Diensträumen des Innenministers untergebrachtes Ölgemälde von Professor Pechstein „Abendglüh in Montreux“. Ein in den Wohnräumen des Direktors beim Reichstag befindliches Gemälde von Professor Klemm „Heuernte in der Rhön“ wurde auf 1200 Mark, eine ebenfalls dort angebrachte Landschaft von Professor Volkmann auf 840 Mark geschätzt. In einigen Zimmern des Zentrums befinden sich Radierungen von Professor Jädel „Reichstanzler Marx“. Andere kleine Ölgemälde von Heddendorf sind in verschiedenen Fraktionszimmern untergebracht. Die demokratische Fraktion beherbergt in ihren Zimmern u. a. Bildnisse ihres Mitgliedes Frau Gertrud Bäumer, nämlich ein Selbstbild von Meyer-Überlingen und eine Lithographie von Professor Degner. Eine Zille-Lithographie „Eingende Kinder“ hängt in einem Zimmer der sozialdemokratischen Fraktion. An einer Lithographie von Professor Kandinsky „Scharfer Vorgang“ können sich einige Kommunistische Abgeordnete in ihrem Arbeitszimmer erfreuen. Im Dienstraum des Arbeitsministers ist sinnvoll ein Ölgemälde „Obdachlose“ von Krain angebracht worden.

Kostspielige Untersuchungen.

Die Berliner Börsenzeitung veröffentlicht interessantes Material über die Unkosten, die die Untersuchungsausschüsse des Preussischen Landtages verursachen. Der Warmat-Ausschuß mit seinen 55 Sitzungen kostete rund 80 000 Mark, der Ausschuß, der sich mit den Mißständen der Landespfandbriefbank befaßte, kostete 30 000 Mark, der Höfle-Ausschuß 55 000 Mark, der Feme-Ausschuß 80 000 Mark; für den Elarel-Ausschuß und den Raiffeisen-Ausschuß sind bisher schon mehr als 80 000 Mark ausgegeben worden. Im ganzen sind für die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Preußen bisher nicht weniger als 600 000 bis 700 000 Mark aufgewendet worden. Jede einzelne Sitzung kostet etwa 1500 Mark, weil die daran teilnehmenden Abgeordneten neben ihrem ständigen parlamentarischen Gehalt noch Sondertagegelder in Höhe von 25 Mark erhalten und weil der ganze Vorgang in diesen Ausschüssen von teuer bezahlten stenographischen Kräften aufgenommen wird. Da die stenographischen Hilfskräfte beim Landtag nicht ausreichen, müssen nämlich extra bezahlte Stenographen aus dem Reichstag zur Unterstützung herbeigeholt werden. Zu diesen Ausgaben kommen dann noch die Druckkosten, Zeugengebühren usw.

Starke Zunahme der Versorgungsanwärter.

Interessante Angaben über die Vermehrung und Verminderung der Zahl der Versorgungsanwärter und über die Art ihrer Unterbringung enthält eine Übersicht über die Zivilversorgung in den Jahren 1923 bis 1928, die dem Reichstag zugegangen ist. Daraus ergibt sich, daß die Zahl der Versorgungsanwärter am Ende des Jahres 1922 rund 33 500 betrug. In den Jahren 1923 bis 1928 hat diese Zahl durch den Zugang aus Wehrmacht, Schutzpolizei und dem Kreise der Schwerbeschädigten eine starke Vermehrung erfahren. Der Zugang an Versorgungsanwärtern betrug in diesen Jahren rund 72 000. In der gleichen Zeit betrug die Zahl der Stellen, die mit Versorgungsanwärtern besetzt wurden, etwas über 66 000. Da einige weitere Tausend Versorgungsanwärter Ende 1928 zur Probefristleistung einberufen waren, hat sich die Zahl der Versorgungsanwärter ohne Anstellung gegenüber dem Bestand von 1922 tatsächlich um etwa 2500 vermehrt; sie betrug also zu Beginn des Jahres 1929 etwa 36 000.

Wege und Ziele der Berufsberatung.

Dr. W. S. Lephan, Leiter der Berufsberatungsabteilung des Arbeitsamtes Hagen.

In diesem Jahre werden zum erstenmal auch im Kreise Altena Sprechstunden für Berufsberatung abgehalten. In denselben sollen diejenigen Knaben und Mädchen, die Östern 1930 die Schule verlassen und ins Leben eintreten, beraten werden, um ihnen zu helfen, eine Stellung zu finden, aus der sie nach Möglichkeit eine Lebensstellung schaffen können.

Der Öffentlichkeit ist wenig bekannt, welche Gesichtspunkte bei der Berufswahl zu berücksichtigen sind. Das Kind mit seinen Neigungen und Wünschen kommt zu dem Berufsberater, der sich über seine geistigen Fähigkeiten an Hand der von der Schule ausgefüllten Fragebogen unterrichten muß. Außer den geistigen Fähigkeiten stellt aber auch jeder Beruf besondere Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit des Berufsarbeiters. Ein Bild über den körperlichen Befund verschafft sich der Berufsberater durch das schulärztliche Gutachten, das ihm ebenfalls zur Verfügung gestellt wird. Wenn der Berufsberater sich diese Kenntnisse angeeignet hat, muß er in den meisten Fällen eine Rücksprache nehmen mit den Eltern des Kindes, die das Kind daheim bei Arbeit und Spiel beobachtet haben und so genaue Auskunft über arbeitscharakterologische Eigenschaften des Kindes geben können. In Zweifelsfällen muß der Psychologe mit Hilfe einer psychotechnischen Eignungsprüfung die Angaben der Eltern über den Arbeitscharakter ihrer Kinder zu erhärten oder zu vervollständigen suchen.

Erst nachdem sich der Berufsberater durch Beachtung aller dieser Punkte eingehend über das Wesen des Kindes orientiert hat, kann er zu dem Berufswunsch des jungen Menschen Stellung nehmen. Er darf bei der Arbeit kein bürokratisch eingestellter Behördenmensch sein. Er muß vielmehr im Leben stehen und mit offenen Augen seine Umwelt beobachten. Er muß vor allen Dingen sich genaue Kenntnisse über seinen Arbeitsmarkt aneignen, damit er genau darüber orientiert ist, aus welchen Berufssparten die größte Zahl der Arbeitslosen kommt. Ebenso muß er wissen, welche Berufe an Nachwuchsmangel leiden; denn nur dann ist er in der Lage, mit Hilfe der Be-

rufsberatung die große Arbeitslosigkeit auf weite Sicht zu bekämpfen, indem er die Zufuhr von Berufsanfängern zu den überfüllten Berufen bis zu einem gewissen Grade abdroßelt und dafür Sorge trägt, daß denjenigen Berufen, die Mangel an Nachwuchs leiden, in verstärktem Maße Berufsanfänger zugeleitet werden.

Nur wenn der Berufsberater, ausgerüstet mit großer Sachkenntnis, die verbunden sein muß mit einem guten Idealismus, alle die oben angegebenen Faktoren der Berufsberatung zu Grunde legt, kann er sein Ziel erreichen: Dienst zu leisten am Menschen, aber auch Dienst zu leisten an der Wirtschaft.

Zum Schluß sei bemerkt, daß in Lüdenscheid, Halber, Kierspe, Altena, Werthol und Plettenberg, innerhalb des Arbeitsamtsbezirks Lüdenscheid, während der Wintermonate ständig Sprechstunden eingerichtet sind, die bei den Nebenstellen und beim Arbeitsamt zu erfragen sind. Es geht hier an alle interessierten Kreise die Bitte, diese Sprechstunden nach Möglichkeit zu benutzen, einerseits, indem die zur Entlassung kommenden Schulkinder die Berufsberatung aufsuchen und andererseits, indem die Wirtschaft, die Lehrlinge einzustellen beabsichtigt, diese Lehrlinge dem Arbeitsamt bzw. seinen Außenstellen meldet.

Die Vordellkarte unter dem Weihnachtsbaum.

Als Frau R. Krupstaja, die Schwester Lenins, ganze Berge von Bibeln und religiösen Schriften aller Art öffentlich verbrennen ließ, ging ein heiliges Erschrecken durch die Christenheit; denn die auflodernden Flammen der sozialistischen Autodafes waren ein schauerliches Signal, daß die dämonischen Mächte des Bolschewismus unbittlich an der Arbeit waren, der Religion und insbesondere der christlichen Weltanschauung den Garaus zu machen. Moskau ist sich in diesem seinem Voratz treu geblieben. Eine planmäßig organisierte Christenverfolgung hat eingeleitet, die auch im verflossenen Jahre wieder durch das Dekret gegen den Sonntag und durch das Dekret vom 8. April amtlich bestätigt wurde. Auf Grund dieses Dekretes ist allen religiösen Vereinigungen strengstens verboten, Hilfskassen zu gründen, ihren Mitgliedern materielle Unterstützung zu gewähren, besondere Versammlungen für Kinder, Jugendliche oder Frauen zu organisieren, Gebetsversammlungen abzuhalten, Bibeln, Literatur, Handfertigkeiten- oder Arbeitsversammlungen zu veranstalten, Kindergärten einzurichten, Bibliotheken oder Lesehallen zu eröffnen, Sanatorien zu unterhalten oder ärztliche Hilfe zu vermitteln. Schließlich folgte die brutale Unterdrückung sämtlicher Weihnachtsfeierlichkeiten auf russischem Boden, was zur Folge hatte, daß ganze Scharen von Grenzfürsten heimlich die Grenze überschritten, um auf polnischem oder rumänischem Gebiet das Weihnachtsfest feiern zu können. Andere pilgerten bis hart an die roten Grenzpfähle, um sich wenigstens an dem Klang der polnischen Weihnachtsglocken zu erfreuen. Es wird von Hausungen bei den russischen Bauern berichtet, wobei alles beschlagnahmt wurde, was irgendwie mit Weihnachtsvorbereitungen in Zusammenhang gebracht werden konnte. Zahlreiche Geistliche sollen kurz vor den Weihnachtstagen verhaftet worden sein. Zwei von ihnen wurden am zweiten Weihnachtstage — angeblich aus politischen Gründen (!) — erschossen.

Das gottessläterliche Treiben Sowjet-Moskaus hat seine Schatten bis hin nach der deutschen Reichshauptstadt Berlin geworfen, wo die Kommunisten an den Weihnachtstagen große Kundgebungen gegen das Weihnachtsfest veranstalteten, wobei sie — wie z. B. im Berliner Konzerthaus unsere lieben, alten Weihnachtslieder mit den übelsten Refrains schließen ließen, wie u. a. „Stille Nacht, heilige Nacht“, das sie mit dem Refrain in den Schmutz zogen: „Fort mit dem Popanz Gott, den Nichtern, und den Pfaffen!“ Weihnachtsbäume mit nackten Karikaturen und roten Fahnen bildeten die „feierliche Umrahmung“ dieser kommunistischen Ungeheuerlichkeiten. Galgen standen im Hintergrund. — Und das alles unter den Augen eines sog. christlichen Staates!

Aber von diesem sozialistischen Generalangriff auf das heilige Weihnachtsfest wollte ich ja heute eigentlich gar nicht schreiben. Denn vor mir liegt etwas ganz anderes. Vor mir liegt der Weihnachtsbrief eines jungen Deutschen, der in die französische Fremdenlegion abgerückt und über sein trauriges Los unter der Wüstenjonne Marokkos verzweifelt ist. Sein einziger Trost ist Christus und sein einziger Halt das Kreuz von Golgatha. Besonders erschütternd ist das, was der junge Legionär über den weltanschaulichen und moralischen Zustand der Legion und insbesondere über seine Weihnachtslebnisse zu berichten weiß. Diese seelische und moralische Verwüstung der jungen Legionäre halten wir für verhängnisvoller, als das körperliche Martyrium, denen die französische Wüstenarmee ausgesetzt ist. Der junge Deutsche schreibt:

„So Gottes Wort regelmäßig verkündet und geachtet wird, ist es nicht so schwer, ein treuer Christ zu sein. Aber hier, wo Gottes Wort fast nichts bedeutet und wo sich alle Gespräche meistens um Dinge drehen, die ich nicht niederschreiben kann, ist das eine ganz andere Sache. Hinzukommt, daß ich die Zielscheibe des allgemeinen Hohns und Spottes bin. Gott möge mir Kraft schenken, daß ich treu und fest in meinem Namen bleibe.“

Und nun etwas von Weihnachten. Am heiligen Abend war hier eine kleine musikalische Feier. Unter einem Weihnachtsbaum wurden Geschenke verlost, aber meistens nur alkoholische Getränke und — was das Furchtbarste ist — etwa 20 Freikarten für das Bordell der Legion und zum freien Besuch einer Prostituierten. Sie sehen hieraus, welcher Geist hier herrscht. Auch ich erhielt so ein „Geschenk“, und ich kann nicht umhin: So etwas muß man in der Heimat erfahren! Darum füge ich als Wahrzeichen die Freikarte bei, damit Sie die Wahrheit erleben können.“

Ich glaube, diese Zeilen des jungen deutschen Fremdenlegionärs sind es in der Tat wert, in allen deutschen Blättern verbreitet zu werden. Vordellkarten unter dem Weihnachtsbaum — das ist eine Profanation, die ihresgleichen sucht. Wir sind erschüttert über die brutale Christenverfolgungen in Sowjet-Rußland; aber wir sind nicht weniger erschüttert über die perverse Verhöhnung des Christentums, wie sie uns aus der französischen Kaserne in Marokko berichtet wird. Und wir fragen uns, was ist niederschmetternder: — die offene Feldschlacht Moskaus gegen Gott oder die schamlose Entweihung der heiligen Nacht durch derartige, typisch französische „Weihnachtsgeschenke“?

Die wackere Haltung des jungen deutschen Legionärs aber möge uns eine Stärkung in der Hoffnung sein, daß Deutschlands Sendung inmitten einer zügellosen und gottentfremdeten Welt trotz aller eigner Defizienzenerscheinungen auch heute noch Verheißung hat.

Dr. H. H.

Aus: Das Volk, Siegen.

Der Männerchorgesang als Kulturfaktor.

Was soll die Gemeinde für Gesangsvereine tun?

Merkwürdigerweise hat man bisher bei der Diskussion der Frage, ob die Gemeinden in pflichtmäßiger Erfüllung einer Kulturaufgabe für die Pflege der Musik etwas tun müssen, eigentlich niemals an den Männerchorgesang gedacht. Als ob das Singen lediglich Sache der Opern- und Konzertsolisten, der Opernschöre und der gemischten städtischen Musikvereinschöre wäre, die man zur Mitwirkung bei den großen instrumental- und vokalgemischten Vortragswerken braucht und zu diesem Zwecke finanziell unterstützt. Auch der Männerchorgesang ist immer ein wichtiger Kulturfaktor gewesen und ist es trotz Kino, Radio und Sport auch heute noch, wenngleich er von oben her weniger beachtet wird. Man braucht sich nur die große Zahl der Männergesangsvereine zu vergegenwärtigen. Allein rund 40 000 Sänger der Rheinprovinz sind dem Rheinischen Sängerbund angeschlossen, der jüngst in Düsseldorf eine bedeutende Tagung abhielt. Es ist sicher, daß gerade aus Sängerkreisen viele Besucher der städtischen Konzerte kommen, deren Interesse und Verständnis für das Gebotene gerade durch die Pflege des Männerchorgesanges geweckt worden ist. Und wie mancher Helidentenor und sonstiger Sänger ist in den Männergesangsvereinen erst entdeckt worden. In den Gesangsvereinen wird auch friedlicher Staatsbürgerinn und frische, fröhliche Geselligkeit gepflegt. Menschen mit solchen Herzen kann das deutsche Vaterland brauchen. Und was noch zu beachten ist, vielen Komponisten, Dirigenten sowie dem Notendruckgewerbe und Notenhandel gibt das Männerchorwesen den Lebensunterhalt. Es braucht nicht alles höchste Kunst zu sein, was in den Vereinen an Gesanglichem geboten wird, und doch kann es nützlich sein und sein Gutes haben.

Aber die Männergesangsvereine kämpfen in der heutigen Zeit, so schreibt der Beigeordnete Dr. Füllendorf, im neuesten Heft der Deutschen Sängerbundeszeitung, durchweg einen schweren Kampf um ihre Existenz. Der Dirigent, Probeführer, Noten- und öffentliche Konzerte kosten Geld. Nur der Geldbeutel der Mitglieder ist die Quelle, aus der geschöpft werden kann. Daraus fließen aber bei der dauernden schlechten Wirtschaftslage nicht mehr so leicht die Mittel. Bei den Sportvereinen ist es in dieser Beziehung ähnlich, aber da hilft die öffentliche Hand. Durchweg wenden die Gemeinden für die Förderung des Sports erhebliche Mittel auf. Es ist erst zu prüfen, ob nicht auch der Männerchorgesang eine gleiche Hilfe verdient. Die Frage ist unbedingt zu bejahen. Aber das Problem ist nicht leicht, vielleicht noch nicht zur Lösung reif. Es gibt Gemeinden, welche zur Förderung des Männerchorgesangs Mittel in ihren Etat eingestellt haben. Ob sie das aufrechterhalten können und ob andere Gemeinden folgen werden, wer kann das bei der immer stärker anschwellenden Ausgabenliste in den Haushaltsplänen der Gemeinden voraussagen? In welcher Form man dem Männerchorgesang gemeindliche Hilfe angedeihen lassen soll, ist eben schwer zu entscheiden. Es geht natürlich nicht an, daß die Gemeinde jedem Männergesangsverein eine laufende geldliche Zuwendung macht. Was man von Seiten der Gemeinden tun sollte und könnte, wäre folgendes: Unentgeltliche oder ganz billige Zurverfügungstellung von geeigneten, mit einem Flügel ausgestatteten Probelokalen, Notenbeihilfen, irgendeine Form des Entgegenkommens bei Hergabe von städtischen Sälen für Konzerte, Beihilfe bei der Beschaffung der als Symbol nicht entbehrlichen Vereinsfahnen, Ehrung großer Meister des Männerchorgesangs bei besonderen Anlässen. Die indirekte Wirkung einer solchen Tat ist nicht zu unterschätzen. Öffentliche Anerkennung des Männerchorgesangs und seiner Meister weckt Dankbarkeit und neue Liebe zur Kunst bei den Sängern und Interesse bei den bisher Interesselosen.

Dies sollen nur Andeutungen sein. Das Problem muß weiter diskutiert werden. Der Männerchorgesang muß auf alle Fälle als Kulturfaktor mehr gewürdigt werden und zur Geltung kommen.

Das Zrrlicht.

Die Leiche im Sumpf.

Zrrlichter haben von jeher die Phantasie des Menschen erregt. Wenn sie gar vornehmlich auf Friedhöfen umherhüpften, war die Geisterfurcht groß. Mit den Fortschritten der chemischen Forschungen kam man ihrem Geheimnis auf die Spur. Jahrzehntlang glaubte man, die Erscheinung auf die Selbstentzündung des gewöhnlichen Sumpfgases zurückführen zu können, eine Ansicht, die auch heute noch weitverbreitet ist. Nun aber brennt die Flamme des gewöhnlichen Sumpfgases nicht blau wie das Zrrlicht, und zweitens fehlt in diesem Falle auch jede Erklärung für die Selbstentzündung. Vor einem Menschenalter kam man auf die Vermutung, daß der gasförmige Phosphorwasserstoff bei der Entstehung der Zrrlichter mitwirken müsse, und diese Vermutung hat sich als richtig erwiesen. Der Phosphor, 1669 von einem banterotten Hamburger Kaufmann bei seinen Versuchen, Gold zu machen, entdeckt, geht mit dem Wasserstoff verschiedene Verhältnisse ein: ein Teil Phosphor und drei Teile Wasserstoff ergeben gasförmigen Phosphorwasserstoff. Phosphorwasserstoffgas ist farblos und „duftet“ nach faulen Fischen; es entzündet sich unter Verbrennung von weißen Nebelringen in der Luft von selbst. (Ganz rein hat das Gas die Eigenschaft der Selbstentzündlichkeit nicht.) Es bildet sich in der Natur bei der Verwesung organischer phosphorhaltiger Reste, besonders in Sümpfen, Morästen, Kirchhöfen, bringt an die Oberfläche und entzündet sich an der atmosphärischen Luft.

Der belgische Chemiker Prof. Leon Dumas hat Zrrlichter künstlich erzeugt. Er brachte nachts im Garten unter Wasser einen Schwefelwasserstoffapparat an, in den ein wenig Phosphoratomium getan war, so daß außer dem Schwefelwasserstoff auch Phosphorwasserstoff frei wurde. Sobald das Gasgemisch an die Luft kam, entzündete die typische Erscheinung des Zrrlichts mit bläulicher Flamme und folgender Nebelwolke, die sich bei der Verbrennung des frei gewordenen Schwefels bildet. Dumas ist der Meinung, daß vom chemischen Standpunkt aus das Zrrlicht in der Natur genau so entstehe, und zwar nur an Orten, wo Leichen im Sumpf liegen. In den an Phosphor und Schwefel reichen Organen (Gehirn und Rückenmark) bilden sich die Gase, füllen die Schädelkapseln und entweichen, sobald ihr Druck zu groß wird. In der Luft entzündet, scheiden sie dann als Zrrlichter den nächtlichen Wanderer.

Ein französisches Militärgerichtsurteil.

Die Rohheitsstat französischer Soldaten.
Nach einem Bericht aus Landau in der Pfalz verurteilte das Militärgericht gegen fünf französische Soldaten, die ein Dienstmädchen am 25. Oktober v. J. zu einer Autofahrt eingeladen, aus ihrer Handtasche verschiedene Gegenstände gestohlen und sich an ihr vergangen hatten. — Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu geringen Gefängnisstrafen.
Das Mädchen wurde wegen Erregung öffentlichen Argernisses zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt, die durch die Unteruchungshaft als verbüßt gelten.

Die polnische Aufrüstung.

Ein Drittel der Staatsausgaben für Heeresszwecke.

Wie aus Warschau berichtet wird, umfaßt der polnische Heeresshaushalt für das Jahr 1930/31 zusammen mit den Ausgaben für den Grenzschutz und die militärische Jugendausbildung eine Summe von über 900 Millionen Zloty, d. h. also ein Drittel des gesamten Haushalts.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen sollen dem Vernehmen nach im Anschluß an die Genfer Besprechungen noch im Laufe dieser Woche weitergeführt werden.

Für allgemeine Schiedsgerichtsbarkeit.

Eine Entschließung französischer Kriegsteilnehmer.

Der Verband ehemaliger Frontkämpfer und Kriegsschädigten von Le Havre, der 13 000 Mitglieder umfaßt, nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Der Krieg von 1914 wäre nicht ausgebrochen, wenn damals die obligatorische Internationale Schiedsgerichtsbarkeit bestanden hätte, die auch im Jahre 1930 noch nicht verwirklicht ist. Auch im Haag erschien die Liquidierung des Krieges nur möglich durch die Einführung des schiedsgerichtlichen Verfahrens für etwa eintretende Schwierigkeiten. Der Verband fordert daher, daß diese Art der Regelung von Konflikten nicht nur zur Liquidierung der früheren Kriege zur Anwendung gebracht werde, sondern auch zur Verhütung künftiger Kriege. Möge Frankreich mit gutem Beispiel vorangehen und den im September 1928 in der Völkervollversammlung vorgeschlagenen Allgemeinen Schiedsakt ratifizieren.

Zuspitzung des Gran-Chaco-Konflikts

Paraguays Protest beim Völkerbund.

Der paraguayische Geschäftsträger in Paris hatte dem Völkerbundsekretariat in einer Note von neuen Angriffsbefehlen Bolivians im Gran-Chaco-Gebiet mitgeteilt. Donnerstag ließ er an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm nachfolgen, in dem ausgeführt wird, daß in einem abgegangenen Chiffretelegramm des bolivianischen Generalstabschefs an das Kommando der 4. Division der bolivianischen Armee Befehl zur Besetzung verschiedener Forts an der bolivianisch-paraguayischen Grenze gegeben worden sei.

Die Regierung von Paraguay lehnt unter Bezugnahme auf dieses Telegramm und die Angriffsvorbereitungen der bolivianischen Regierung jede Verantwortung für die Folgen ab und protestiert gegen den von der bolivianischen Regierung heimlich vorbereiteten Anschlag.
Der Generalsekretär des Völkerbundes hat das Telegramm sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes und der Regierung von Bolivien mitteilen lassen.

Die Stadt Chicago in Geldnöten.

Die Beamten bekommen kein Gehalt.
In Chicago sah die städtische Behörde, die für die Unterhaltung der Schulen und die Befoldung der Lehrer verantwortlich ist, sich gezwungen, eine Anleihe von 1,5 Millionen Dollar aufzunehmen. Die Anleihe wurde vor einigen Tagen aufgelegt, es wurde aber kein einziger Cent gezeichnet. Der Vorsitzende der genannten Behörde erklärte, diese Schwierigkeit sei eine Folge der langjährigen Nachlässigkeit der verschiedenen Stadtverwaltungen in den Finanzfragen. Tausende von städtischen Beamten und Angestellten hätten am letzten Zahlungstag kein Gehalt empfangen.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 25. Januar 1930.

Kämpfer sein.

Nm. 12, 21: Laß dich nicht das Böse überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem.
Nicht das Böse in der Welt im allgemeinen ist hier gemeint, sondern das Böse, das andere Menschen uns antun. Davon ist die Rede in der ganzen Epistel des heutigen Sonntags, aus der das Wort oben stammt. Es ist ein frohgemutes Kämpferwort. So ganz anders, als man es heute so oft auch in christlichen Kreisen hört: wie oft heißt es da: Ach, dagegen bin ich wehrlos. Oder: dem geh' ich lieber aus dem Wege. Oder: Gott wird es ihnen schon strafen! Von alledem sagt dieser Kämpfer Paulus nichts. Wer so spricht, hat sich vom Bösen schon überwinden lassen, erkennt sich als unterlegen an. Und das ist unrecht. Denn damit gibt man der Bosheit den Weg frei und mehr ihre Macht. Und das dürfen wir nicht. Wir sollen und dürfen uns nicht von dem Bösen überwinden lassen. Aber die bloße Abwehr ist auch nicht genug. Wer siegen will, muß angreifen. So ruft er uns auch zu: überwinde das Böse! Nun, das versuchen viele. Aber viele davon — wie machen sie es? Auge um Auge! Scheltwort um Scheltwort! Gleich um gleich. Und das ist nicht recht. So wird das Böse der anderen noch vermehrt durch das Böse von uns. Für uns heißt es: überwinde das Böse mit dem Guten. Und dabei muß es bleiben — mag's uns passen oder nicht und mag es noch so schwer sein. Es ist auch mannhafter und tapferer. Das andere, so groß und sicher es sich gebärdet, ist Mangel an Mut, Mangel an Beherrschung, ist Schwäche — gerade gegen das Böse. Wir blicken von den Scheinheiligen auf den Helden ohne gleichen: sein Gutsein setzte er gegen die Verleumdung, seine Güte gegen den Haß. Er ist der Sieger und wir sollen und können es mit ihm sein. P. S. P.

Noch immer kein Frost.

Das letzte Januardrittel bringt normalerweise die Hauptfrostperiode des Winters. Als gegen Ende der dritten Januarwoche kräftiger Luftdruckanstieg einsetzte, glaubte man vielfach, daß tatsächlich strengere Kälte bevorstehe. Nur allzu schnell zelte es sich aber, daß das Gebiet

hohen Luftdruckes, das sich über Mitteleuropa gebildet hatte, sich sehr schnell wieder verschoben würde. Nachts gingen zwar die Temperaturen stärker zurück als in den Vormittagen, tagsüber aber kletterte die Quecksilbersäule immer wieder über den Gefrierpunkt. Am Freitag war das Hochdruckgebiet bereits wieder so weit in Verfall geraten, daß die südwestlichen Winde bis nach Mitteldeutschland vordrangen. Unter diesen Umständen ist mit einer neuen Verschlechterung des Wetters zu rechnen, die allerdings zunächst nur von kurzer Dauer sein dürfte. Man darf annehmen, daß dann das kontinentale Hochdruckgebiet sich wieder durchsetzt.

* Westfälischer Pfarrerrat 1930. Am 10. und 11. Februar d. J. ist in Dortmund der diesjährige westfälische Pfarrerrat. In der geschlossenen Mitgliederversammlung spricht Präses D. Koch, Deynhaußen, über die kirchenpolitische Lage und Superintendent a. D. Dr. von Lüpke über Dorfkirchenbewegung, Industrie und Vorstadtgemeinde. In der Jahresversammlung am 11. Februar, in der der Jahres- und Kassenbericht erstattet wird, spricht Generalsuperintendent D. Zoellner, Münster, über Rückblicke und Ausblicke zur kirchlichen Lage.

Halver

—& Unser Mitbürger Wilhelm Pöppler zu Eichhofermühle vollendet am Montag, dem 27. Januar sein 87. Lebensjahr. Am 4. Juli 1929 war es ihm vergönnt, mit seiner auch jetzt noch lebenden Lebensgefährtin das überaus seltene Fest der Diamantenen Hochzeit zu begehen. Er ist einer von den wenigen in unserer Gemeinde noch lebenden Mitkämpfern aus Deutschlands glorreicher Zeit 1870-71 und Ehrenmitglied des hiesigen Landwehrvereins. Wir entbieten dem allgemein beliebten Altersjubiläum zu seinem hohen Wiegenfeste unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

—!! Lichtspiele Carlshöhe. Zirkus Pat und Patachon mit diesen beiden urgelungenen Schauspielern sehen sie am Sonntag und Montag im Film. Pat als Zirkusdirektor, Patachon als Kunstschütze und Todesakrobat am Badestrand mit ihrem Zirkus, der aus Pat und Patachon, einem Pferd und der Tänzerin Rita besteht, sorgen für die tollsten Verwicklungen. Lachen ohne Ende. Spuren im Schnee. Die Gefahren der winterlichen Hochgebirgswelt — gepaart mit den Gefahren einer atemlosen Verfolgung — und den Gefahren einer jungen leidenschaftlichen Liebe. — Ein unschuldig Verurteilter flieht aus der Dual des Kerkers ins Hochgebirge. Hier findet er auf wenige Tage Zuflucht bei einem jungen ihm vertrauten Weibe. Doch bald sind seine Spuren entdeckt und eine große Jagd nach dem entflohenen Sträfling setzt ein. Großartige winterliche Landschaftsbilder mit großen sportlichen Leistungen sind zu sehen und zwar Sonntag ab 5 und 8 Uhr und Montag ab 8 Uhr.

Lüdenscheid, 25. Jan. Besetzung der neuen Pfarrstelle. In der letzten Sitzung der evangelischen Gemeindevertretung kam man dahin überein, Kreisvikar Roelle mit der Wahrnehmung der Belange der 7. oder Hilfspredigerstelle an der Christuskirche zu beauftragen, nachdem er u. a. vom Konsistorium in Vorschlag gebracht worden ist.

Verdohl, 25. Jan. Wahl eines neuen Syndikus im Lennenerband. In der am Mittwochabend in Altena stattgefundenen Tagung der Geschäftsführung des Lennenerbandes wurde als Syndikus Herr Dr. Scarlett ab 1. Februar 1930 mit der einstweiligen kommissarischen Weiterführung der Geschäfte betraut. Die endgültige Wahl findet noch statt.

Vom Unteroffizier zum Seconde-Lieutenant.



In diesen Tagen feierte Herr Emil Hager, aus Oberfeldbach b. Kräwinklerbrücke seinen 86. Geburtstag. Zu seinem Ehrentage hatte ihm der Vorstand des Krieger- und Landwehrvereins Honsberg die herzlichsten Glückwünsche überbracht. Herr Hager, geb. am 20. Januar 1844, trat im Oktober 1865 beim hohenzollernschen Jäger-Regt. Nr. 40 in Trier ein und machte den Feldzug 1866 mit. Am 1. September 1866 wurde er zum Gefreiten und am 6. Juli 1867 zum Unteroffizier befördert. Bei Ausbruch des Krieges 1870-71 wurde er beim Niederrheinischen Jäger-Regiment 39 eingezogen und ins Feld geschickt. In den Kämpfen bei Spicheren hat er, als der Fahnen-träger fiel, die Fahne ergriffen und seinen Kameraden vorangetragen und so zum Erringen des Sieges beigetragen. Aus diesem Anlaß wurde Herr Hager am 16. März 1878 zum Seconde-Lieutenant befördert. Seine Kameraden aus dem damaligen Bezirkskommando Gräfrath stifteten ihm zu dieser Ernennung einen Ehrenorden. Außer anderen Orden und Ehrenzeichen schmückt ihn das Eiserne Kreuz und die Krieger-Denkmedaille von 1870-71. Trotz seiner 86 Jahre erfreut sich Herr Hager einer vollen Gesundheit und heute noch macht er seine täglichen Spaziergänge, soweit es die Witterung erlaubt. Hoffen wir, daß Herr Hager sich noch recht lange seiner guten Gesundheit erfreut, auf daß wir ihm auch zu seinem 100. Geburtstage gratulieren können.

Solingen, 25. Jan. Kommunist Weber wird nicht bestätigt. Der von der Mehrheit der Solinger Stadterordnetenversammlung zum Oberbürgermeister gewählte Kommunist Weber wird, wie der Soz. Pressedienst erfährt, von der preussischen Regierung nicht bestätigt werden. Eine entsprechende Entscheidung des preussischen Innenministers ist zu erwarten, sobald der Bericht des Düsseldorf-Regierungspräsidenten in Berlin eingelaufen ist.

Sitzung der Gemeindevertretung Halver.

—I Halver, den 25. Jan. 1930.

Am gestrigen Freitag nachmittag fand im Sitzungssaale des Rathshauses eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Anwesend waren der Gemeindevorsteher, Bürgermeister Watermann und 12 Vertreter. Gemeindevorsteher Fernholz eröffnete kurz nach 3 1/2 Uhr die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtete er das Mitglied der Vertretung Vertr. Theodor Schmidt durch Handschlag auf sein Amt. Vertr. Schmidt war in voriger Sitzung durch Krankheit verhindert.

1. Neuwahl eines Mitgliedes des Schulvorstandes der gewerblichen Berufsschule Halver. Der am 6. Dezember 1929 gewählte Fabrikant Werner Lüsebrink hat das Amt nicht angenommen. An dessen Stelle wurde der Fabrikant August Schürfeld, Hülbershorn gewählt.

2. Neuwahl für den Schulvorstand des Gesamtschulverbandes Mühlen-Schmidthausen. Für den Schulvorstand des Gesamtschulverbandes Schmidthausen hat die Gemeindevertretung einen Einwohner des früheren Schulbezirks Bommert neu zu wählen. Bisher war Mitglied der Landwirtschaft Wilhelm Pulvermacher in Hintern-Hedfeld. Es erfolgte einstimmige Wiederwahl.

3. Wahl von Rechnungsprüfern. Für die demnächstige Abnahme der Gemeindefassenrechnung 1929 sind die Rechnungsprüfer zu wählen. Es wurden gewählt die Vertreter Ad. Welter und Theodor Schmidt.

4. Bürgschaftsübernahme. Der Anstreichermeister Albert Bornfeld in Halver hat beantragt, die Bürgschaft zu übernehmen für eine Hypothek, die ihm die Amtssparkasse Halver zur Ablösung einer anderen Schuld bewilligt hat. Vorsteher Fernholz gibt hierzu folgende Aufklärung. Der Antragsteller beantragt die Bürgschaftsübernahme der Amtssparkasse gegenüber zu einer Hypothek von 2000 RM. Die Befugnis habe einschließlich Grundstück einen Wert von 23392 RM., die Belastung habe bisweilen noch nicht eine 60% Höhe erreicht. Der Gemeindevorstand bittet, dem Antrage zuzustimmen. Vertretung erklärt sich mit der Bürgschaftsübernahme einverstanden.

5. Auflassung einer Begeparzelle. Der Landwirt Otto Friemann in Sticht hat beantragt, eine Parzelle des Weges Sticht-Dahlhausen an ihn aufzulassen. Der Gemeindevorsteher erklärt dazu, der Antragsteller habe seiner Zeit bei dem Wegbau Neuen-Herweg-Sticht wertvolles Kulturland unentgeltlich abgetreten. Hier handele es sich um eine alte Begefläche von 5,15 ar, die erst zu nutzbarem Boden hergerichtet werden soll. Er bitte die Vermessungs- und Auflassungskosten auf die Gemeinde zu übernehmen und die Parzelle abzutreten. Vertretung erklärt sich mit dem Vorschlage des Gemeindevorstandes einverstanden.

6. Grundstückskauf. Die Geschwister Cleber in Halver, vertreten durch Wilhelm Cleber, Kronprinzenstr. bieten der Gemeinde ein Grundstück an der Kronprinzenstraße zum Kauf an. Es handelt sich hier um die Böschung, die sich gegenüber des oberen Pastorat entlang zieht. Cleber bietet das Grundstück für 500 RM. an. Der Vorsteher gibt die geflogenen Verhandlungen mit der Kirchenvertretung bekannt. Die Entlassungsanfrage des Pastoratsgebäudes geht bekanntlich durch dieses Grundstück, die Kirchenvertretung habe sich bereit erklärt für diese Anlage eine einmalige Entschädigung von 300 RM. zu zahlen. Die Bezahlung des Grundstücks an Cleber könnte im Verrechnungswege erfolgen. Vertretung macht keine Bedenken geltend und wird damit der Ankauf des Grundstücks einstimmig gutgeheißen.

7. Grundstücksverkauf. Der Lagerist Frik Vogel in Halver hat beantragt, ihm zur Errichtung eines Wohnhauses ein Grundstück an der verlängerten Gartenstraße (Nähe Neubau Bohl) käuflich zu überlassen. Vorsteher Fernholz macht die Vertretung mit der Lage des betr. Grundstücks bekannt und betont, daß es sich um ein Grundstück handle, das zum früheren alten Schäderrmannschen Hause gehöre. Das Grundstück habe eine Straßenfront von 28 Meter, wenn die Hälfte des Grundstücks verkauft würde, wäre die andere Hälfte entwertet. Nach kurzer Aussprache ist die Vertretung der Meinung, daß ein so wertvolles Grundstück nicht aufgeteilt werden dürfe, zu dem sei genügend billiges Bauland zu haben. Der Vorsteher stellt daraufhin fest, daß der Antrag von der Vertretung nicht genehmigt werde.

8. Antrag der Vereinigten Milchlieferanten der Ortschaft Halver auf Übernahme eines Teiles der Kosten für einen Milchhandelsfachkursus. Der Antrag wird nach kurzer Aussprache abgelehnt.

9. Instandsetzung des Herpinerweges. Die Firma Heintz & Co., Halver und die Anlieger haben beantragt, den Herpinerweg instand zu setzen. Der Vorsteher teilt hierzu mit, daß schon mehrere Anträge auf Ausbau des Weges eingegangen seien. Wenn man auch die Notwendigkeit der Instandsetzung des Weges nicht verkennen könne, so müsse er doch mitteilen, daß in diesem Etatsjahre keine Mittel für Wegebauten mehr vorhanden seien, dieselben seien restlos verbraucht. Nachdem verschiedene Vertreter sich dafür ausgesprochen, daß hier etwas geschehen müsse und evtl. die interessierenden Firmen sich bereit finden würden ein Opfer zu bringen, wurde der Gemeindevorstand beauftragt die Verhandlungen mit den anliegenden Firmen aufzunehmen und möglichst bald die Instandsetzung des Weges in Angriff zu nehmen. Das Vauamt hatte hierzu einen Kostenvoranschlag aufgestellt. 1. Ausbesserung des Weges in seiner jetzigen Breite koste 1480 RM., 2. wenn die Dornenhecke entfernt würde und gehärtet würde, erfordere es einen Kostenpunkt von 2453 RM., 3. wenn 1 und 2 ausgeführt und der Weg begründet würde erfordere es einen Kostenaufwand von 3500 RM. Vertretung war für den Ausbau des unter 3 genannten Projektes. Bei dieser Gelegenheit kam auch die trostlose Beschaffenheit der Friedhofstraße zur Sprache. Vertr. A. Turf erklärte, man könnte kaum durch diesen Morast und hier müsse unbedingt etwas geschehen. Vorsteher Fernholz erklärte, es sei festgestellt, daß ein Teil des Weges der Firma C. Brückmann gehöre und diese sei nicht geneigt, diesen Wegeteil unentgeltlich abzugeben. Die Gemeinde könne hier nichts unternehmen.

Im Anschluß an die Tagesordnung machte der Gemeindevorsteher die Finanzlage der Gemeinde bekannt. Die Vertretung beschloß, bei der Etatsberatung die einzelnen Abschnitte dürfen nicht untereinander verrechnet werden. Der Wohlfahrtsrat sei aber bereits bis heute um 8000 RM. überschritten und wenn kein Abflauen der Arbeitslosen stattfindet, würde sich diese Summe noch bedeutend erhöhen. Die Ausgaben seien zwangsläufig und könnten hier keine Ersparnisse gemacht werden. — Sodann stellt Vertr. Paulmann folgende Anfrage: die Gemeinde habe Jahrzehnte die Vermessung von Wegen und sonstigen Flächen nicht vorgenommen, das Katasteramt könne diese Arbeiten nicht alle ausführen. In Heesfeld wohne der Kriegesbeschädigte vereidigte Landmesser Steffen, dieser sei ohne Arbeit und könnte die Vermessungen wohl übernehmen, oder sollten irgendwelche Bedenken gegen denselben vorliegen? Herr Bürgermeister Watermann erklärt, in vertraulicher Sitzung Aufschluß geben zu wollen. Damit wurde die öffentliche Sitzung nach einstündiger Dauer geschlossen.

Bericht über die Arbeitsmarktlage der Angestellten im Monat Dezember 1929.

Das Landesarbeitsamt Westfalen teilt mit:

Die allgemeine Arbeitsmarktlage der Angestelltenberufe zeigte nach den Berichten der Angestelltenabteilungen im Monat Dezember in Westfalen und Lippe eine leichte Verschlechterung. Allerdings beschränkte sich diese Verschlechterung ausschließlich auf die männlichen Angestellten, während die Lage bei den weiblichen Angestellten bei erheblich gesteigerter Vermittlungstätigkeit gegenüber dem Vormonat im ganzen unverändert geblieben ist. Diese unterschiedliche Entwicklung der Marktlage hat eine Reihe verschiedener Ursachen. Der allgemeine Konjunkturrückgang insbesondere in der Metallindustrie, während der letzten Monate brachte zum Quartalswechsel am Jahresende eine große Zahl von männlichen Stellenjuchenden neu auf den Markt, von denen ein erheblicher Teil infolge höheren Alters und längerer Betriebszugehörigkeit unter des Kündigungsurlaubes fiel und dementsprechend bereits eine mehrmonatliche Kündigungsfrist hinter sich hatte. Hier zeigt sich recht deutlich, daß der Angestelltenmarkt erst verhältnismäßig spät auf die Wellenbewegungen der Wirtschaft reagiert, denn die Marktlage der Arbeiterberufe zeigt ja schon seit Monaten eine fortschreitende Verschlechterung gegenüber der Stagnation auf dem Angestelltenmarkt. Der verhältnismäßig starke Zugang an technischen Angestellten deutet außerdem auf verschärfte Auswirkungen von Rationalisierungsvorgängen in den verschiedenen Industriezweigen. Ferner hat auch das Saisongewerbe (Hoch- und Tiefbau usw.) infolge der jahreszeitlich bedingten Beendigung bzw. vorübergehenden Stilllegung von Außenarbeiten technische Angestellte in größerer Zahl abgestoßen.

Für die weiblichen Angestellten bewirkte das Weihnachtsgeschäft die üblichen verstärkten Mehranforderungen an Verkaufskräften aus dem Einzelhandel.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit der kaufmännischen Angestellten gibt mit Rücksicht auf den kommenden Schulentscheidungsstermin Veranlassung, Aufklärung über die tatsächliche Aufnahmefähigkeit in den kaufmännischen Berufen zu geben. Dazu sind einige Zahlen über die Erwerbstätigen im Handelsgewerbe usw. notwendig. In Westfalen befinden sich unter 100 kaufmännischen und Büroangestellten etwa 17 Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren. Wenn man berücksichtigt, daß normalerweise im Durchschnitt auf 100 Angestellte aber nur 10 Lehrlinge gerechnet werden können, so ergibt sich für Westfalen bereits eine Überbesetzung um über die Hälfte. Diese Überbesetzung wird noch verstärkt durch den alljährlichen großen Andrang seitens der Schulentlassenen zu den kaufmännischen Berufen. Nach den Ergebnissen der öffentlichen Berufsberatung in Westfalen im vorigen Jahre wollten von 100 Ratuchenden allein 20 Jugendliche in den kaufmännischen Beruf hinein. Davon haben jedoch nur 45 v. H. durch die öffentliche Berufsberatung eine kaufmännische Lehrstelle erhalten können. Es ist anzunehmen, daß von den übrigen Ratuchenden noch manche eine kaufmännische Lehrstelle ohne Mitwirkung der öffentlichen Berufsberatung gefunden haben, ohne daß jedoch einmal die Geeignetheit für den Beruf, zum anderen die Gewähr für eine gute Ausbildung vorlag. Die auf diese Weise dem Wirtschaftsleben zugeführten ungeeigneten Kräfte belasten über kurz oder lang den Arbeitsmarkt und die Arbeitslosenverhältnisse. Die gegenwärtig so überaus hohe Zahl an arbeitssuchenden Angestellten im jugendlichen Alter bis zu 20 Jahren, unter denen sich zahlreiche wenig geeignete und unzureichend ausgebildete Kräfte befinden, zeigt die schädliche Wirkung einer planlosen Berufszuführung. Es kann deshalb nicht dringend genug geraten werden, vor der Berufswahl die öffentliche Berufsberatung in Anspruch zu nehmen.

Nach den Stichtagszählungen stellte sich die Gesamtzahl der arbeitssuchenden Angestellten Ende Dezember 1929 auf 7037, davon 5071 männlich und 1966 weiblich, gegenüber 6639, davon 4657 männlich und 1982 weiblich Ende November 1929. Die Zunahme beträgt also insgesamt 398 Personen — 6 v. H. Bei den männlichen Angestellten stieg die Ziffer um 414 — 8,8 v. H., bei den weiblichen Angestellten fiel sie dagegen um 16 — 0,8 v. H.

Das Neuangebot an Bewerbern hat das Neuangebot des Vormonats wesentlich überschritten. Insgesamt betrug das Neuangebot an männlichen Bewerbern 1186 gegenüber 989 im Vormonat, an weiblichen Bewerbern 1053 gegenüber 847 im Vormonat. Die Steigerung macht somit bei den Männern 20 v. H., bei den Frauen 25 v. H., aus. Der bei weitem größte Anteil der Neuzugänge kam aus dem Kleinhandel und sodann aus der Industrie und dem Baugewerbe.

Die Altersverteilung der Neuzugänge nach den Geschlechtern getrennt, gibt interessante Aufschlüsse über die Belastung des Arbeitsmarktes in den einzelnen Altersklassen. Während die Neuzugänge bei den männlichen Angestellten zu 15,7 v. H. der Altersgruppe bis zu 20 Jahren entstammen, beträgt die Vergleichsziffer bei den weiblichen Angestellten in dieser Altersgruppe 46,7 v. H. In den höheren Altersgruppen überwiegt der männliche Angestellte bedeutend. Bei den technischen Angestellten ist die Zahl der abgebauten älteren Leute besonders groß. Von den neu aufgenommenen Angestellten dieser Berufsgruppe sind beispielsweise im Bezirk der Angestelltenabteilungen Dortmund 45,5 v. H., Bochum 46 v. H. älter als 40 Jahre.

Das Vermittlungsergebnis hat im ganzen das Ergebnis des Vormonats um 33 v. H. überschritten. 882 Vermittlungen, davon 226 männlich und 656 weiblich im Dezember stehen 662 Vermittlungen, davon 298 männlich und 364 weiblich im November gegenüber.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 24. Januar.

Statt Parlamentsabend Schulförderleistung.

Berlin. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium beschlossen, angedacht der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen viele Bevölkerungsteile zu kämpfen haben, den alljährlich veranstalteten großen parlamentarischen Empfangsabend der Staatsregierung in diesem Jahre nicht stattfinden zu lassen. Das Staatsministerium wird stattdessen einen Betrag für Spenden bedürftiger Schulförder zur Verfügung stellen.

30 Millionen Stundungstredite für die Landwirtschaft.

Berlin. Wie die Deutsche Rentenbankkreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank) mitteilt, hat sie angesichts der schwierigen Verhältnisse in der Landwirtschaft und der ungünstigen Lage des Kapitalmarktes beschlossen, den mit der Weiterleitung der Golddiskontbankkredite betraut gewesenen Instituten einen Betrag von insgesamt 30 Millionen Mark mit der Aufgabe zu erteilen, daß sie einem Teil der Darlehensnehmer in gleicher Höhe Stundung zu gewähren haben. Die Deutsche Rentenbankkreditanstalt hat sich schon jetzt grundsätzlich bereit erklärt, diese 30 Millionen Mark im Juli 1931 in langfristige Darlehen umzuwandeln, falls nicht inzwischen wesentliche Erleichterungen auf dem Kapitalmarkt eingetreten sein sollten.

Eingreifen des Völkerbundes in den Streit Bolivien-Paraguay.

Genf. Der amtierende Ratspräsident Zaleski hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm gerichtet, in dem er ihn bittet, die Regierungen von Bolivien und Paraguay an das nach der Dezemberberatung des Rats vom Jahre 1928 angenommene friedliche Verfahren für die Regelung ihres Streitfalles zu erinnern. Der Generalsekretär hat das Telegramm an die beiden Regierungen weitergeleitet und den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Von Einbrechern erschossen.

Nachen. Bei Nanderath wurde ein 60jähriger Landwirt, als er Einbrecher in seiner Stallung überraschte, von diesen erschossen. Die Täter konnten entfliehen.

Vierzehn Jahre Freiheitsstrafe für einen Millionär.

Berlin. Der englische Finanzmann Saty, dessen riesige Unternehmungen vor einiger Zeit unter aufsehenerregenden Umständen zusammenbrachen und dem zum Vorwurf gemacht wurde, zwei Millionen Pfund sich betrügerischerweise angeeignet zu haben, wurde zu einer Freiheitsstrafe von vierzehn Jahren verurteilt. Die übrigen drei Angeklagten erhielten Freiheitsstrafen von drei, fünf und sieben Jahren.

Festnahme eines Millionenbetrügers.

Wie aus Paris berichtet wird, hat die dortige Polizei den 40 Jahre alten, aus Naga stammenden Isaal Katschir verhaftet, der von der Polizei mehrerer Länder, darunter auch der deutschen, gesucht wird. Er hat bei seinem Verhör angegeben, daß er die ihm zur Last gelegten Betrügereien in Höhe von über einer Million Mark verübt hat. Die deutschen Behörden haben die Auslieferung Katschirs und seiner weiteren ebenfalls festgenommenen Helfershelfer beantragt.

Unterdrückungsmaßnahmen in Indien.

Berurteilung führender Führer in Kalkutta. Wie aus Kalkutta gemeldet wird, wurden der Präsident, der Sekretär des Bengalischen Provinzialkongresses sowie zehn andere führende Kongreßmitglieder zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Die Anklage lautete auf Aufruhr und Verschwörung anlässlich einer Feier zugunsten politischer Gefangener in Kalkutta. Die Verurteilten nahmen das Urteil an mit dem Ruf: „Es lebe die Revolution, nieder mit dem Union Jack!“

Eisenbahnunglück in Amerika.

Ein Toter, mehrere Verletzte.

In der Nähe von Fremont entgleisten sechs Wagen eines Zuges der atlantischen Küsteneisenbahn. Eine Person wurde getötet, mehrere wurden verletzt.

Fünfzehn Rennpferde verbrannt.

Durch einen Brand wurden auf dem Rennplatz in New Orleans zwei Stallgebäude eingestürzt. Drei Personen erlitten schwere Brandwunden und mindestens fünfzehn Rennpferde sind verbrannt.

Schlange-Schönungen aus der D. N. B. P. ausgeschieden.

Der Abgeordnete Schlange-Schönungen hat an den Parteivorstand der D. N. B. P. einen Brief geschrieben, in dem er ihm nunmehr seinen Austritt aus der Partei zur Kenntnis bringt. Bekanntlich wollte der Pommersche Landesverband zu dem Austritt des Abgeordneten aus der Fraktion Stellung nehmen.

Hauswirtschaftliches.

Die Zeit des Modelns, Sti- und Schlittschuhlaufens bringt für die Hausfrau eine besondere Arbeit. Das ist die Pflege der wollenen Kleider, die verstanden sein will, wenn alles Wolle weich und mollig bleiben soll. Gerade das Trocknen der Wollschachen bedarf besonderer Sorgfalt. Am besten wäscht man Wolle, nachdem man ihre Waschbarkeit an einem bedeckten Zipfel erprobt hat, in kalter Füllwanne durch leichtes Stauchen und Drücken, spült gleichfalls kalt und setzt dem letzten Spülwasser zur Auffrischung der Farben etwas Kücheneisig bei. Dann wickelt man das Stück nach dem Ausdrücken, nicht Bringen, in feuchtheitenaufsaugende weiße Tücher, um es von aller Nässe zu befreien und legt es sogleich auf tuchgedecktem Tisch, in Form gezogen, zum Trocknen aus. Nicht aufhängen, nicht in Sonne oder Ofenhitze trocknen. Die Beachtung dieser bewährten Regel gibt allen Wollschachen neue Schönheit, Weichheit und Frische.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Brennholz

(geschnitten)
pro 3tr. Mf. 1.—
gibt ab

Bremiker, Eichholz,
Tel. 230.

Ingenieurschule Technikum Lage
Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungsbau, Flug-, Wärme-, Kältetechnik, Landw., Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik
Werkmeisterschule
Lehrpläne

Bauschule.
Architektur, Bauingenieurwesen, Eisenbau, Eisenbetonbau
Tonindustrie
Ziegelgießerei
Techniker, Ziegelmest.
frei



Einrahmen

v. Bildern, Diplomen usw.
besorgt prompt u. billigst
Wilh. Bell jr.

Staatl. Oberrealschule in Aufbauform (Aufbauschule) in Wipperfurth.

Die Schule führt nach wenigstens 7jährigem Besuch der Volksschule
in 3 Jahren zur Obersekundareife,
in 6 Jahren zum Oberrealschulabitur.
Aufnahme von Knaben und Mädchen,
in die Klassen VIII — XI.
Schülerkarten der Wupper-Steg.
Auskunft und Prospekt durch
Dir. Klemmer, Fernruf 310.

Tüchtiger Vertreter

für gutgehenden Hausgebrauchs-Artikel zum Verkauf an Private, bei hervorragender günstiger Verdienstmöglichkeit

für Halver u. weitere Umg., sowie für das Volmela per sofort gesucht.

Gute Existenzmöglichkeit für abgebaute Beamte, Kaufleute pp. Einarbeitung und Unterstütz. seitens der Firma wird gewährt.
Offerten unter X 15 an die Geschäftsstelle des Allg. Anzeigers in Halver.

An alle Autobesitzer!

Meiner Spezial Farben- Lack- und Glas-Großhandlung habe ich auch eine

Glasschleiferei

angegliedert, in welcher alle Scheiben prompt bearbeitet und auch eingesetzt werden können.

Carl Kaiser, Lüdenscheid,
Börsenstraße 9.

Restaurant
zum Deutschen Café,
Wilh. Rödding,
Deckinghausen.

Wegen Veranstaltung d. Turnvereins Deckinghausen findet der von mir gestern angekündigte Ball nicht statt.

Spielkarten

mit runden Ecken,
von 70 Pfg. an

Wilh. Bell jr. Halver i. W.

Steuerberatungs- und Revisionsbüro

Fritz Varney

vorm.

Dr. rer. pol. K. Deutgen,

Lüdenscheid,

Sauerfelderstraße Nr. 8a.

Beratung u. Vertretung in Steuersachen,
Aufstellung und Prüfung von Bilanzen
und Abgabe der Steuererklärungen
Einrichtung von Geschäfts- u. Betriebsbuchhaltungen, Selbstkostenrechnungen etc.

Fernsprecher Lüdenscheid 3487